

Spitäler wollen keine neuen Gesetze

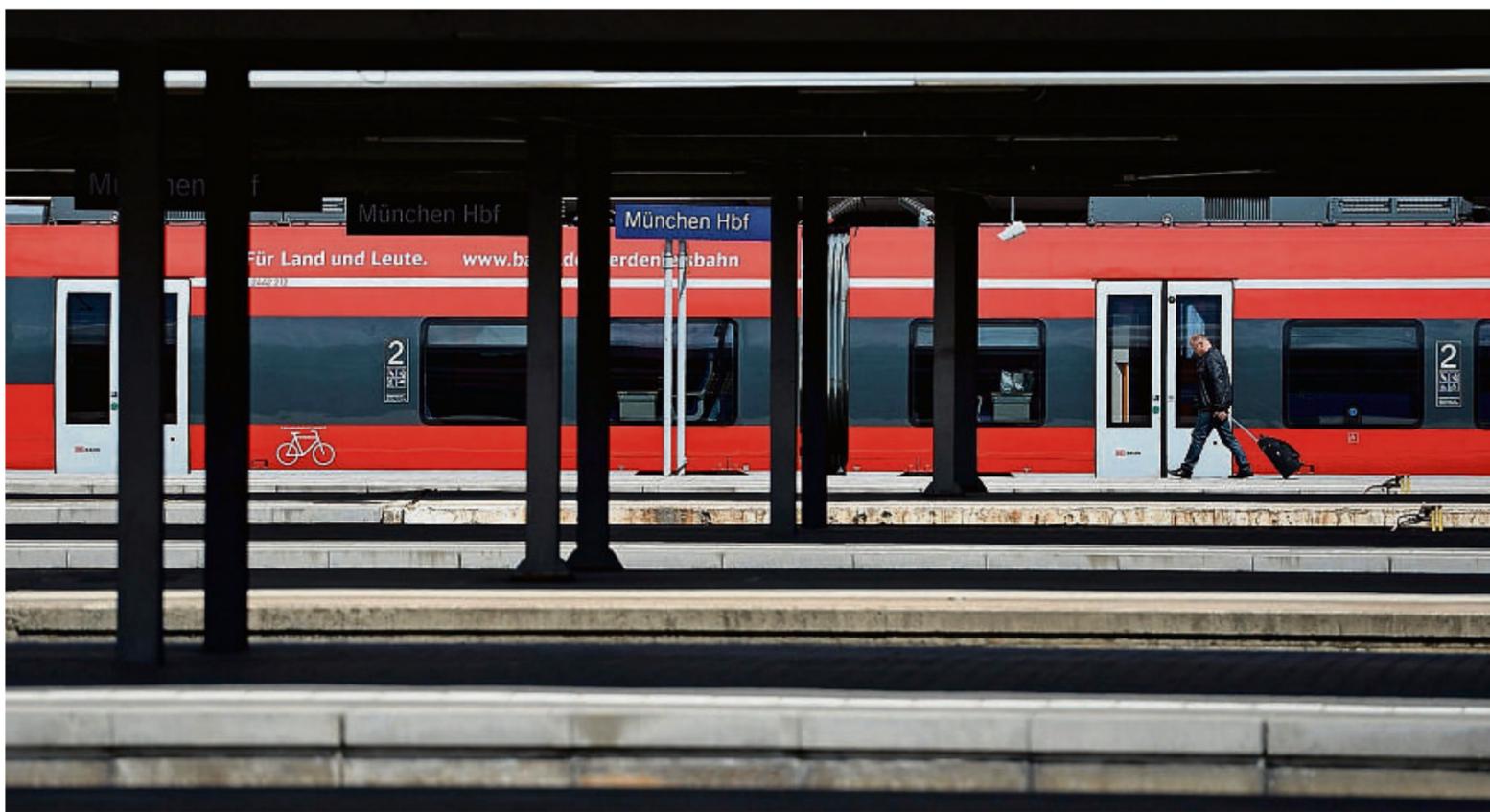
BERN. Spitäler und Kliniken in der Schweiz wollen mit freiwilligen Massnahmen dafür sorgen, dass die Qualität ihrer Behandlungen stimmt. Der Branchenverband H+ will die bestehenden Instrumente ausbauen und lehnt neue und zusätzliche Einrichtungen ab. Für die Sicherstellung der Qualität in den Spitälern brauche es keine neuen Gesetze oder Strukturen, sagte Präsident Charles Favre. Er verwies auf das seit 1996 geltende Krankenversicherungsgesetz. In dessen Artikel 58 heisst es, dass der Bund «systematische wissenschaftliche Kontrollen zur Sicherung der Qualität» vorsehen kann, wenn es um von der obligatorischen Krankenversicherung übernommene Leistungen geht.

Kritik für den Bundesrat

Der Bundesrat hatte 2014 mit einem Gesetzesentwurf für ein nationales Gesundheitszentrum Kritik geerntet. Noch vor der Sommerpause wolle die Landesregierung Vorschläge zum weiteren Vorgehen vorlegen, heisst es beim Innendepartement. Die eigentliche Botschaft folge dann bis Ende Jahr. H+ will allerdings keine teuren Eingriffe vom Bund. Die Spitäler arbeiteten aus eigenen Stücken an der Verbesserung ihrer Qualität und informierten transparent, sagte Favre und verwies auf Instrumente zur Messung der Qualität und für die Ortung von Verbesserungsmöglichkeiten.

H+ fordert Qualitätsberichte

H+ wünscht sich, dass die Kantone von allen Spitälern, die auf eine Spitalliste wollen, öffentliche Berichte zur Qualität ihrer Leistungen verlangen. Heute ist das in sechs Kantonen der Fall. Andere empfehlen die Veröffentlichung. 2014 publizierten rund zwei Drittel der Spitäler Berichte. Neu will der Verband zudem ein in einigen Spitälern bereits angewandtes Peer-Review-Verfahren vorantreiben und einheitlich gestalten. Anhand von Patientenakten werden Diagnose, Therapie und Behandlung vom zuständigen Team zusammen mit auswärtigen Experten unter die Lupe genommen. (sda)



Wer als SwissPass-Inhaber mit der Deutschen Bahn reist, muss sich auf zusätzliches Reisegepäck einstellen.

Bild: epa/Andreas Gebert

Neue Probleme mit dem SwissPass

Für ÖV-Kunden, die mit Halbtax oder GA in Deutschland oder Österreich unterwegs sind, braucht es künftig zusätzlich zum SwissPass eine internationale Rabattkarte – in Papierformat.

GERHARD LOB

Ab dem ersten Juni werden die ersten Pionierkunden mit dem neuen SwissPass unterwegs sein. Ab dem ersten August wird der SwissPass dann in der ganzen Schweiz eingeführt. Statt dem blauen GA und Halbtax gibt es dann diesen roten Pass, der auf einem Chip die nötigen Informationen über die Gültigkeit der gelösten Abonnemente enthält. Dieser Pass wird Schritt für Schritt die herkömmlichen GAS und Halbtax-Abos ablösen. «Der SwissPass ist der Schlüssel für einen einfachen, kundenfreundlichen und zukunftsorientierten Zugang zum Öffentlichen Verkehr (ÖV) der Schweiz», heisst es in einer Werbebroschüre des Verbands öffentlicher Verkehr (VÖV).

Einige Probleme wie eine Verlängerung der Kontrollzeiten im Zug – jeder Pass muss einzeln gelesen werden – wurden bereits kontrovers diskutiert. Dies gilt auch für die automatische Laufzeitverlängerung nach einem Jahr, die nach Protesten durch Konsumentenschützer aufgehoben beziehungsweise gelockert wurde. Auf Wunsch wird die Laufzeit auf ein Jahr begrenzt. Nun hat Pro Bahn Schweiz, die Interessenvertretung der Kundinnen und Kunden des öffentlichen Verkehrs, auf eine neue Komplikation hingewiesen. Sie betrifft die Verwendung von GAS und Halbtax im grenzüberschreitenden Verkehr.

Keine Geräte für den SwissPass

Wer mit einem Halbtax oder GA ein grenzüberschreitendes

Billett nach Deutschland oder Österreich löst, erhält auf den ausländischen Fahrpreisanteil eine Reduktion von 25 Prozent. Dieser Preiserlass ist auf dem Ticket erwähnt. Bei der Billettkontrolle muss das Halbtax oder GA auch in Deutschland oder Österreich vorgewiesen werden. Nur: Die dortigen Kontrolleure verfügen über keine Geräte, welche den neuen elektronischen Pass lesen und damit die Gültigkeit von Halbtax oder GA kontrollieren könnten. Die SBB weisen auf die Lösung hin: «Für Kunden, die regelmässig mit der Deutschen Bahn unterwegs sind, gibt es ab dem ersten Juni 2015 eine internationale Rabattkarte.»

Diese Rabattkarte muss man am Schalter in der Schweiz beziehen. Ein Bezug im Ausland ist nicht möglich. Die Rabattkarte

ist für ein Jahr gültig und muss jeweils zusammen mit dem SwissPass vorgezeigt werden. Vorerst wird die Rabattkarte in Form eines Papierbelegs ausgehändigt – sie sieht aus wie ein internationaler Fahrschein. «Wann und in welcher Form eine Weiterentwicklung stattfindet, ist noch offen», teilen die SBB mit.

Künftig zwei statt einer Karte

Tatsache ist: Wer häufig im grenzüberschreitenden Verkehr unterwegs ist, muss demzufolge neu statt lediglich einer Karte, dem GA oder dem Halbtax, künftig den SwissPass sowie die Rabattkarte in Papierform dabei haben. Dies ist weni-

ger kundenfreundlich als bisher. Die Praxis gilt auch im Nahverkehr, beispielsweise für Kunden, die mit einem Bus des Regio Verkehrsverbundes Lörrach (RVL) von Basel Badischer Bahnhof nach Weil am Rhein fahren und dank Halbtax von vergünstigten Tarifen profitieren. «Im internationalen Bahnverkehr wird es einfach immer komplizierter», hält Edwin Dutler von Pro Bahn Schweiz fest.



FDP rügt Nationalrat Walter Müller

Politische Gegner nehmen die FDP ins Visier, weil einzelne Exponenten in die Kasachstan-Affäre verwickelt sind. Die Partei kritisiert Walter Müller, der sich auf eine Reise nach Kasachstan einladen liess. Von der Agentur Burson-Marsteller fordert sie Transparenz.

TOBIAS GAFAFER

BERN. Die FDP ist nicht direkt in die Kasachstan-Affäre verwickelt. Im Wahlkampf wird aber mit harten Bandagen gekämpft: Politische Gegner wie die Jungsozialisten kritisieren die Partei, weil deren Nationalräte Christa Markwalder (BE) und Walter Müller (SG) in den Fall involviert sind. Und so sah sich die FDP gestern Abend zu einer Stellungnahme veranlasst: Die Parteileitung rügt Müller, der sich 2014 entgegen den Empfehlungen der Bundesversammlung von der PR-Agentur Burson-Marsteller (BM) und der Partei Ak Schol zu einer Reise nach Kasachstan einladen liess. Sie begrüss, dass er die Reisekosten nachträglich selber bezahlen will (siehe Box).

Markwalder will Klarheit

Weiter beschloss die FDP Massnahmen, die rasch Klarheit schaffen sollen. Sie fordert ihre Exponenten auf, sich immer nach den Auftraggebern von Lobbyisten zu erkundigen; im

Gegenzug sollten diese stets ihre Auftraggeber und Interessen offenlegen. Christa Markwalder verlange von BM und deren Cheflobbyistin Marie-Luise Baumann, die das umstrittene Geschäft betreute, Transparenz. Unter anderem geht es um die Frage, wer wem Informationen aus einer Kommission weitergegeben hat. Vorher sollten Mitglieder der

FDP-Fraktion gegenüber BM höchst zurückhaltend sein. Damit stellt sich die FDP vorderhand hinter Markwalder.

Die Berner Nationalrätin steht am stärksten in der Kritik. Sie reichte 2013 eine Interpellation ein, die in Kasachstan verfasst worden war – und soll Informationen aus einer Kommission weitergegeben haben. Zudem

gab die Aargauer FDP-Nationalrätin Corina Eichenberger der BM-Lobbyistin Baumann, die früher unter anderem fürs FDP-Generalsekretariat arbeitete, den Zutrittsausweis zum Bundeshaus; den fordert sie jetzt zurück. Dass Mitarbeiter grosser Parteien später als Lobbyisten arbeiten, ist indes kein Einzelfall. Ex-CVP-Generalsekretär Tim Frey etwa

ist Mitglied der Geschäftsleitung von BM Schweiz.

SVP-Politiker involviert

Daneben spielte in der Affäre primär der Sekretär der Gruppe Schweiz-Kasachstan, Nationalrat Christian Miesch (SVP/BL), eine Rolle. Der 2011 Abgewählte liess sich ebenfalls nach Kasachstan einladen, rückte aber erst danach wieder ins Parlament nach. Mit Walter Müller und weiteren Politikern wie Hansjörg Walter (SVP/TG) und Geri Müller (Grüne/AG) traf er 2014 in Bern eine Delegation um einen angeblichen kasachischen Oppositionspolitiker zum Essen. Das zeigt ein Bild, das Unbekannte ins Netz stellten, und der «Tages-Anzeiger» publizierte. Die Einladung hatte ebenfalls BM organisiert. Die Kasachen hätten gewünscht, dass er am Anlass teilnehme, sagt Walter. Bereits als Nationalratspräsident traf der Thurgauer Vertreter des Landes. Einladungen an Politiker sind während der Sessions in Bern nichts Aussergewöhnliches.

Kasachstan-Reise Müller will 2180 Franken zurückzahlen

Nachdem Juso-Präsident Fabian Molina eine Anzeige wegen Vorteilsnahme im Amt angekündigt und Korruptionsvorwürfe geäussert hatte, bezog Walter Müller gestern Stellung. Der Vorwurf treffe ihn schwer, die Fakten würden völlig überspitzt dargestellt, sagte der Nationalrat (FDP/SG) auf Anfrage. «Von Korruption kann keine Rede sein.» Allerdings räumt er ein, dass «die Spielregeln nicht zu hundert Prozent

eingehalten wurden». Eigentlich sei vereinbart gewesen, dass er sich mit 1000 Franken an den Reisekosten beteilige. Das wurde in der Folge nicht in Rechnung gestellt. Deshalb will Müller seine Reisekosten jetzt nachträglich bei der PR-Agentur Burson-Marsteller bezahlen. Insgesamt gehe es um 2180 Franken; 1540 für den Flug, 640 für das Hotel. «Wenn man sagen kann, dass ein Fehler passiert ist, dann war das bei den Reisekosten, da hätte ich

insistieren müssen. Die Zahl von 60000 Franken ist aber völlig überrissen», sagt Müller. Diese Zahl war am Samstag in der NZZ als Gesamtbetrag für die Reise kolportiert worden. In Zukunft will der Azmooser «doppelt und dreifach» vorsichtig sein. Und er kündigt an, sich für mehr Transparenz einzusetzen. Etwa, wenn es um parlamentarische Gruppen und ihre Reisen geht. «Da müssen klarere Regeln her», sagt er. (dow)

Asylzahlen auch im April rückläufig

BERN. Im April ist die Zahl der Asylgesuche in der Schweiz im Vergleich zum Vorjahr gesunken. 1376 Gesuche wurden eingereicht, sechs Prozent weniger als im April 2014. Im Vergleich zum März wurden im April acht Prozent weniger Asylgesuche eingereicht, wie das Staatssekretariat für Migration (SEM) am Montag mitteilte. Stark angestiegen ist allerdings die Zahl der Gesuche von syrischen Staatsangehörigen: Sie legten um 45 Prozent auf 145 zu. Am meisten Gesuche stellten erneut Personen aus Eritrea (232), auch wenn die Zahl um zehn Prozent sank.

Nicht nur im April, sondern bereits in den drei Monaten zuvor, hatten deutlich weniger Personen um Asyl ersucht. Das hat saisonale Gründe: Im Winter gelangen weniger Personen über das Mittelmeer nach Süditalien. Auf Grund der Situation in den Herkunftsländern sowie in Libyen bleibt der Migrationsdruck laut jedoch hoch. Die Zahl der gelandeten Personen steigt in den Frühlingsmonaten wieder an – was sich auch in der Anzahl Asylgesuche niederschlägt. (sda)